

Die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen

Schutz und Förderung der Menschenrechte und der Würde des Menschen im Kontext kultureller Vielfalt

Unterschiedliche Gesellschaften, Kulturen und Religionen interpretieren Menschenrechte auf unterschiedliche Weise. Häufig sind die unterschiedlichen Interpretationen auch mit anderen Wertvorstellungen verbunden. Umso schwieriger, wenn auch nicht unmöglich, ist es, auf globaler Ebene ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten, den „Kampf der Kulturen“ zu verhindern, Dialog und echte Partnerschaft aufzubauen.

Die Verantwortung dafür, dass konstruktive, friedliche und zukunftsorientierte Beziehungen in und zwischen Kulturen, Religionen und Gesellschaften bewahrt, fortgesetzt und gestärkt werden, tragen die Regierungen ebenso wie religiöse und kulturelle Gemeinschaften, öffentliche und private Organisationen, die Zivilgesellschaft und die Medien.

Seit dem 11. September 2001 – und auch angesichts der darauf folgenden beunruhigenden Ereignisse – stehen Bemühungen um einen echten Dialog und um Interaktion zwischen Religionen und Kulturen auf der Tagesordnung der Staatengemeinschaft ganz oben. Die Tatsache, dass es einen solchen Dialog derzeit nicht gibt, ermutigt ebenso wie mangelndes gegenseitiges Vertrauen Extremisten geradezu zu dem Versuch, die internationale Gemeinschaft entlang künstlichen kulturellen und religiösen Gräben zu spalten, was zunehmend zu einer Bedrohung für Frieden und Stabilität wird. Es ist daher wichtiger denn je, umfassende und gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Ein echter Dialog kann jedoch nur zustande kommen, wenn anderen Kulturen und Religionen wirklich Achtung und Verständnis entgegengebracht werden. Die Annahme, irgendeine Kultur sei *per se* besser als eine andere geeignet, die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, wäre ein Fehler. Alle Kulturen stehen gleichberechtigt nebeneinander, sind interaktiv und dem Wesen nach fortschrittlich. Die Menschheit hat sie gemeinsam hervorgebracht.

Werte wie die Achtung der Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit sind ihrem Wesen nach universal und müssen es auch sein. Keine einzelne Kultur kann diese Werte für sich allein beanspruchen. Sie sind das Ergebnis kollektiver Erfahrung, gemeinsamen Bewusstseins und gemeinsamen Fortschritts der gesamten Menschheit. Dennoch finden diese Werte keine universelle Anwendung. Unsere Aufgabe besteht daher darin,

die Wurzeln dieser Werte in unserer eigenen Kultur aufzuspüren und die gemeinsame Verantwortung für sie zu fördern.

Ebenso gilt es, Harmonie, Verständnis und Respekt füreinander sowie den Dialog miteinander durch die Betonung der gemeinsamen Werte unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu erleichtern.

Im Zeitalter der Globalisierung und der ihr eigenen hochgradigen Interdependenz müssen die einzelnen Gesellschaften ein wesentlich tieferes Verständnis füreinander aufbringen als jemals zuvor. Interkulturelle Kompetenz, die der Förderung des Verständnisses zwischen den Gesellschaften dient, ist somit zu einer Bedingung für friedliche Beziehungen geworden. Gesellschaften mit multikulturellen Erfahrungen sind besonders gut dazu geeignet, zu diesem Ziel beizutragen. Ihre ausgeprägten sozialen und historischen Erfahrungen fördern die Entwicklung und Artikulation interkultureller Kompetenz, die zur Vermeidung von Missverständnissen und Wertekonflikten notwendig ist. Sie können dabei helfen, Stereotypisierungen zu vermeiden, Hass und Feindseligkeiten entgegenzutreten und Gewalt und Extremismus zu verhindern. Sie können auch dazu beitragen, das nötige Gleichgewicht zur Wahrung der kulturellen Identität aller Teile einer multikulturellen Gesellschaft herzustellen.

Unser heutiges Umfeld

Wir leben heute in einer Welt, die sich von derjenigen des 20. Jahrhunderts grundlegend unterscheidet. Nicht nur das internationale System, auch die Vorstellungen, Einstellungen und Erwartungen der Menschen haben sich verändert.

Künftige Entwicklungen werden davon abhängen, welche Entscheidungen wir treffen. Mehr denn je müssen wir die Frage neu bewerten, wie wir unsere gemeinsame Vision und unsere gemeinsamen Interessen am besten verwirklichen.

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war geprägt von Optimismus, der sich aus der Verbreitung der Demokratie, der Marktwirtschaft und der Menschenrechte und Grundfreiheiten speiste. Darüber vergaßen wir allzu leicht, wie komplex unsere Welt ist, wie sehr sie durch unvorhergesehene Entwicklungen gefährdet ist. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die darauf folgenden Ereignisse führten uns dann auch in aller Brutalität vor Augen, wie leicht es extremen und gewalttätigen Gruppierungen gelingt, die Werte der zivilisierten Welt in Frage zu stellen. Nicht nur die dramatischen Auswirkungen der Ereignisse auf die internationalen transatlantischen Beziehungen, sondern auch ihre negativen Folgen in Form der Entstehung eines Klimas der Angst und des Misstrauens, das zu vielfältigen Erscheinungsformen von Diskriminierung und Rassismus geführt hat, müssen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden.

Traurig, aber wahr ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass sich seit dem 11. September 2001 vor allem in den westlichen Ländern das gesellschaftliche Umfeld, in dem Muslime leben, erheblich verschlechtert hat. Muslime und andere Minderheiten oder Gruppen von Ausländern stoßen heute auf Intoleranz, Diskriminierung, Misstrauen und Feindseligkeit.

So genannter „islamischer Terrorismus“ oder „islamischer Extremismus“ wird als Ursache allen Übels dargestellt, was die ohnehin vorhandenen Vorurteile und die Intoleranz gegenüber Muslimen zusätzlich nährt. Menschen werden aufgrund ihres Glaubens, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer äußeren Erscheinung stigmatisiert.

Dieses Phänomen hat zwei weitere negative Konsequenzen:

Erstens untergräbt es Integrationsbemühungen und wirkt sich nachteilig auf Bemühungen um ein harmonisches Zusammenleben aus

Zweitens kann sich die Kluft zwischen Muslimen und Christen dadurch noch weiter vertiefen.

Sowohl aus mikrosozialer als auch aus globaler Perspektive wäre es daher klug, einer solchen Diskriminierung Einhalt zu gebieten.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

In der OSZE sind 56 Länder des euro-atlantisch-asiatischen Raumes zusammengeschlossen; damit ist sie die größte regionale internationale Organisation überhaupt. Eine wichtige Komponente des umfassenden Sicherheitsbegriffs der OSZE ist die „menschliche Sicherheit“. Die gemeinsamen Werte der OSZE stützen sich auf ihr entschlossenes Eintreten für die Menschenrechte und auf die Anerkennung der Würde aller Menschen.

Menschenrechte und Grundfreiheiten werden als wichtige Garanten für Toleranz und Nichtdiskriminierung betrachtet, die wiederum für Stabilität, Sicherheit und Zusammenarbeit unverzichtbar sind.

Dennoch sind trotz aller Bemühungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte nach wie vor in vielen Gesellschaften Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Intoleranz zu beobachten. Das vor allem nach dem 11. September 2001 zu verzeichnende Wiederaufleben rassistischer Tendenzen sowie das bereits erwähnte Aufkommen einer regelrechten Islamophobie stellen insbesondere in einigen westlichen Staaten die Ausübung grundlegender Menschen- und Freiheitsrechte in Frage. Trotz spürbarer Fortschritte bei der Beseitigung institutionalisierter Formen der Diskriminierung erleben wir in den OSZE-Ländern immer neue und größere Wellen von Vorurteilen, Ausgrenzung und rassistischer Gewalt. Sie stellen eine erhebliche Gefahr für freundschaftliche und friedliche Beziehungen nicht nur zwischen Staaten, sondern auch zwischen Völkern dar. Die Notwendigkeit, alle Erscheinungsformen von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber

Muslimen zu bekämpfen, ist daher offensichtlicher und dringender als je zuvor.

In der Einsicht, dass Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten ebenso wie Erscheinungsformen von Hass, Diskriminierung und Intoleranz Stabilität und Sicherheit im OSZE-Gebiet gefährden, sind die Teilnehmerstaaten zahlreiche Verpflichtungen zum Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Diskriminierung und Intoleranz, insbesondere auch gegenüber Muslimen, eingegangen. Dennoch gibt es auf dem Weg zu demokratischen und pluralistischen Gesellschaften, in denen ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt nicht nur toleriert, sondern wirklich geachtet und als wertvoll betrachtet wird, noch viel zu tun.

Die Förderung von Toleranz und der Kampf gegen Diskriminierung hatten für die OSZE, wie bereits erwähnt, in den vergangenen Jahren Vorrang vor vielen anderen Themen. Die OSZE veranstaltete Toleranz-Implementierungstreffen zum Verständnis zwischen Kulturen, Religionen und Ethnien, zur Erziehung zu gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander sowie zum Datenmangel in Bezug auf Hassdelikte. Während dieser Treffen wurden bewährte Implementierungsverfahren vorgestellt und besondere Empfehlungen zu Bereichen abgegeben, in denen verstärkte Anstrengungen notwendig sind. Mit dem Ministerratsbeschluss zur „Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander“ erhielt das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) außerdem den Auftrag, „seine Frühwarnfunktion zu verstärken, um durch Hass motivierte Vorfälle und Entwicklungen zu erheben, darüber zu berichten, das Bewusstsein dafür zu schärfen und den Teilnehmerstaaten in den Bereichen, in denen angemessene Reaktionen notwendig sind, auf Ersuchen Empfehlungen zu erteilen und Hilfestellung zu leisten“.¹

Das BDIMR konzentriert sich in seiner Arbeit auf folgende Schwerpunkte:

Durch Hass motivierte Straftaten und gewalttätige Erscheinungsformen von Intoleranz: Hassverbrechen an Muslimen sind der gewalttätige Ausdruck von Vorurteilen in Form von Tötlichkeiten und Übergriffen, Tötungsdelikten, Bedrohungen oder Sachbeschädigungen wie z.B. Brandstiftung, Grabschändungen oder Vandalismus. Die Bekämpfung von Hassverbrechen ist aus mehreren Gründen problematisch. So liegen in den meisten Staaten keine exakten Daten über Art und Umfang der Straftaten vor, so dass Polizei und Justiz nicht über die für die Bekämpfung notwendigen Informationen verfügen. Häufig gibt es auch keine speziell auf Hassverbrechen zielenden Gesetze, was die Verfolgung der Straftaten erheblich erschwert.

Religions- und Überzeugungsfreiheit: Im gesamten OSZE-Raum sind zahlreiche Muslime und muslimische Gruppen in ihrem Recht auf Religions- und

1 Beschluss Nr. 13/06, Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander, MC.DEC/13/06 vom 5. Dezember 2006, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Vierzehntes Treffen des Ministerrats, 4. und 5. Dezember 2006, Brüssel 2006, 5. Dezember 2006, S. 40-44, hier: S. 44, unter: http://www.osce.org/documents/mcs/2006/12/24411_de.pdf.

Überzeugungsfreiheit eingeschränkt. Sie sind Diskriminierungen am Arbeitsplatz und bei der Wahrnehmung von Dienstleistungen ebenso ausgesetzt wie Diffamierungskampagnen.

Bildung und Erziehung: Ebenfalls im gesamten OSZE-Raum nehmen Intoleranz und gewalttätige Ausdrucksformen von Hass gegenüber Muslimen und Personen, die für Muslime gehalten werden, zu. Immer häufiger werden dabei Schulen zum Schauplatz rassistischer oder fremdenfeindlicher Übergriffe. Lehrer sind nur selten auf die Herausforderungen vorbereitet, die zunehmende Vielfalt in den Gesellschaften mit sich bringt. Für die Förderung von Toleranz und gegenseitiger Achtung fehlen ihnen die Zeit und die entsprechende Ausbildung, oftmals verfügen sie auch nicht über geeignetes Lehrmaterial. Die Schüler können daher die am eigenen Leib erfahrene Diskriminierung nicht mit den Erfahrungen anderer in Verbindung bringen, begreifen nicht, wie Vorurteile entstehen und funktionieren, und lernen nicht, kulturelle Unterschiede wertzuschätzen und sich gründlich mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben sich dazu verpflichtet, Unterrichtsmethoden und Lehrpläne für *diversity education*² zu entwickeln, um Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und die Diskriminierung von Muslimen wirksam zu bekämpfen. Gleichzeitig wurden Bildung und Erziehung zu einem Arbeitsschwerpunkt des BDIMR im Bereich Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Wie verbreitet ist aber das Problem der Diskriminierung von Muslimen? Wie häufig sind Hassverbrechen? Wo werden sie verübt und wer sind die Opfer? Was unternehmen Strafverfolgungsbehörden und Regierungen dagegen? Diese grundlegenden Fragen müssen beantwortet werden, bevor man Hass in seinen vielfältigen Erscheinungsformen überhaupt ernsthaft bekämpfen kann. Das Sammeln einschlägiger Daten, z.B. in Form von Polizeistatistiken und Statistiken anderer staatlicher Stellen, sowie von Beispielen bewährter Verfahren aus unterschiedlichen Quellen, u.a. staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben des BDIMR in diesem Bereich. Der BDIMR-Bericht „*Challenges and Responses to Hate-Motivated Incidents*“, der gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen erarbeitet wurde, ist daher ein begrüßenswerter erster Schritt zur Erfassung durch Hass motivierter Straftaten und Vorfälle im OSZE-Gebiet.³

Mithilfe der Sammlung und Auswertung solcher Informationen ermittelt das BDIMR, wo die Erfüllung von OSZE-Verpflichtungen im Bereich Toleranz und Nichtdiskriminierung noch lückenhaft ist. Entsprechende Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Arbeit des BDIMR auf diesem Gebiet und er-

2 „Diversity education“ bezeichnet ein umfassendes Konzept der Erziehung zum Umgang mit Vielfalt und Differenz(en) in der Gesellschaft, zu gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander. Die Übersetzung „interkulturelle Bildung“ oder „interkulturelle Erziehung“ gibt den Begriff nur unzureichend wieder.

3 OSCE ODIHR, *Challenges and Responses to Hate-Motivated Incidents in the OSCE Region*, Warschau, 12. Oktober 2006, unter: http://www1.osce.org/documents/odihr/2006/10/21496_en.pdf.

lauben es ihm, Staaten und NGOs technische Hilfe und die Ausbildung von Experten anzubieten sowie ihnen Gelegenheit zum Informationsaustausch z.B. über bewährte Verfahren zu geben. Ebenso wurde dadurch die Grundlage für regionale Partnerschaften und die Entwicklung von Strategien geschaffen, die durch Hass motivierte Straftaten als das betrachten, was sie sind: nämlich ein Problem, das nicht an Staatsgrenzen Halt macht und das dementsprechend konzertiertes internationales Handeln erfordert.

Vielfach hatte das BDIMR lediglich die Funktion, Einzelpersonen und Organisationen an einem Tisch zusammenzubringen, wie z.B. im Falle zweier NGO-Treffen zu Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen, die es 2005 und 2006 gemeinsam mit mir veranstaltet hat. In anderen Fällen war das BDIMR stärker an der Methodenentwicklung, der Durchführung von Trainings, der Forschung und an der Abfassung und Verbreitung von Berichten und Publikationen beteiligt.

Aus dieser Arbeit ist eine Fülle von technischen Instrumenten und Unterstützungsprogrammen hervorgegangen, die Regierungen, Strafvollzugsorganen, Ausbildern sowie der Zivilgesellschaft im weiteren Sinne – sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen – für die Bekämpfung von Intoleranz und die Förderung von gegenseitiger Achtung und Verständnis füreinander angeboten werden können.

Um die Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen noch weiter zu intensivieren, will das BDIMR sich zukünftig auf sieben Bereiche konzentrieren:

1. Beobachtung und Weiterverfolgung durch Hass motivierter Verbrechen und Vorfälle sowie Berichterstattung über das Vorgehen dagegen;
2. Bildungsmaßnahmen zur Förderung von Toleranz, Achtung und gegenseitigem Verständnis;
3. Unterstützung bei der Gesetzgebung; Sammlung und Bewertung vorhandener Gesetze zu durch Hass motivierten Verbrechen im gesamten OSZE-Gebiet;
4. Kapazitätsaufbau in der Zivilgesellschaft;
5. Unterstützung für Beamte mit Polizeibefugnissen und Justizbeamte bei der Bekämpfung von Hassverbrechen;
6. Förderung der Religions- und Überzeugungsfreiheit;
7. Weiterentwicklung des Informationssystems zu Toleranz- und Nichtdiskriminierungsfragen (*Tolerance and Non-Discrimination Information System*, TANDIS) zur Unterstützung bestimmter Benutzergruppen.

Der Persönliche Beauftragten für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen

In der Erkenntnis, dass eine aktivere Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung erforderlich ist, und in Übereinstimmung mit ihrem umfassenden Sicherheitsbegriff hat die OSZE in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung in die Wege geleitet und einige große internationale Konferenzen hierzu organisiert. Im Rahmen der umfassenden Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung ernannte der damalige Amtierende Vorsitzende der OSZE, Bulgariens Außenminister Solomon Passy, Ende 2004 drei Persönliche Beauftragte, die für eine besseren Koordinierung der einzelnen Maßnahmen sorgen sollen. Die Tätigkeit der Persönlichen Beauftragten ist ehrenamtlich. Mir wurde die ehrenvolle Aufgabe zuteil, Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen zu bekämpfen. Mein Mandat wurde von den nachfolgenden OSZE-Vorsitzenden jeweils verlängert.

Mein Mandat als Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen dient dazu, die Bemühungen der Teilnehmerstaaten um eine erfolgreiche Umsetzung der OSZE-Beschlüsse im Bereich Toleranz und Nichtdiskriminierung unter besonderer Berücksichtigung der Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen besser zu koordinieren. Mein Verständnis von der Erfüllung meines Mandats lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Der historischen, kulturellen und psychologischen Dimension des Problems der Intoleranz und Diskriminierung ist grundsätzlich umfassend Rechnung zu tragen.
2. Ein solider normativer Rahmen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung ist sowohl in der OSZE als auch in anderen internationalen und nationalen Foren bereits vorhanden; es gilt, diesen normativen Rahmen umfassend zu nutzen und umzusetzen.
3. Notwendig ist außerdem eine intellektuelle und ethische Strategie, um die politische Instrumentalisierung von Themen im Zusammenhang mit Intoleranz und Diskriminierung zu verhindern.
4. Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen ist nicht nur eine Frage der Diskriminierung einer bestimmten Religionsgruppe; sie belasten auch in erheblichem Maße die internationalen Beziehungen und die innere Stabilität westlicher Gesellschaften. Das Problem erweist sich damit als besonders vielschichtig und erfordert eine ganzheitliche Herangehensweise.
5. Unterschiedliche Formen der Intoleranz und der Diskriminierung dürfen nicht künstlich hierarchisiert werden. Diskriminierung ist Diskriminierung und muss verurteilt und bekämpft werden, was auch immer die ihr

zugrunde liegenden Motive sein mögen. Bemühungen zur Bekämpfung unterschiedlicher Formen von Diskriminierung sollten sich ergänzen und gegenseitig verstärken.

6. Folgende Punkte sind besonders hervorzuheben und vorrangig zu behandeln:
 - a) Die Lebensqualität der Muslime in den westlichen Gesellschaften muss erhöht werden. Das führt zu einem besseren Verständnis und zu einer besserer Integration und verringert dadurch gegenseitiges Misstrauen.
 - b) Muslime dürfen nicht als Bürger zweiter Klasse angesehen werden und dürfen weder dämonisiert, noch marginalisiert, gefürchtet oder verachtet werden.
 - c) Der Krieg gegen den Terrorismus darf nicht zum Krieg gegen Muslime werden.
 - d) Es muss anerkannt werden, dass Muslime dieselben Grundbedürfnisse und Wünsche wie andere auch haben, nämlich materielles Wohlergehen, kulturelle Akzeptanz und Religionsfreiheit ohne politische oder gesellschaftliche Einschüchterung. Muslime dürfen insofern weder marginalisiert noch dazu gezwungen werden, sich zu assimilieren. Man sollte ihnen vielmehr entgegenkommen. Entgegenkommen ist die beste Integrationsstrategie.

Außerdem bemühe ich mich stets darum, die Menschen für die Notwendigkeit von Toleranz und Nichtdiskriminierung zu sensibilisieren, die Bedeutung eines harmonischen Zusammenlebens und der Achtung, insbesondere „des Anderen“, wer immer dieser Andere auch sein mag, hervorzuheben, nach Gemeinsamkeiten statt nach Trennendem zu suchen und den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu fördern.

Als vorrangig betrachte ich ebenfalls, auf die Notwendigkeit tragfähiger gesetzgeberischer Strategien und rechtlicher Rahmenbedingungen sowie deren Umsetzung (rechtliche Maßnahmen) aufmerksam zu machen, den Bedarf an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen nicht nur für Beamte der Strafverfolgungsbehörden, sondern insbesondere auch für die jüngere Generation zu verdeutlichen und immer wieder bewährte Verfahren und die Rolle der Medien aufzuzeigen.

Mein Einsatz zur Sensibilisierung für Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen hat mich – auf Einladung der jeweiligen Regierung – in die Niederlande, die USA, nach Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Dänemark und Spanien geführt. Dort traf ich nicht nur mit hochrangigen Staats- und Regierungsvertretern zusammen, sondern auch mit den Leitern einschlägiger Einrichtungen und – wichtiger noch – mit zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft. Der OSZE-Vorsitz unterrichtet die OSZE-Teilnehmerstaaten regelmäßig über meine Aktivitäten auf diesen Reisen sowie über meine Befunde, Kommentare und Empfehlungen. Ich habe außerdem an allen

OSZE-Veranstaltungen zu Toleranz und Nichtdiskriminierung teilgenommen und dort meine Ansichten näher ausgeführt.

Gemeinsam mit dem BDIMR habe ich zwei Runde Tische mit muslimischen NGOs veranstaltet, an denen zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft teilnahmen. Die aus diesen Gesprächen hervorgegangenen Empfehlungen fanden Eingang in umfangreiche Berichte. Die Treffen haben zur Einrichtung einer Datenbank beigetragen, in der relevante NGOs erfasst sind; dies ist deshalb besonders hervorzuheben, weil muslimische NGOs in der Regel weniger gut organisiert bzw. in internationalen Foren seltener vertreten sind.

Ich habe die OSZE außerdem bei verschiedenen Konferenzen, Workshops und Symposien vertreten, auf denen ich mein Mandat, meine Tätigkeit, meine Erkenntnisse und meine Empfehlungen vorgestellt habe.

Um den Ständigen Rat über meine Tätigkeit und meine Vorstellungen auf dem Laufenden zu halten, gebe ich zweimal jährlich sowohl schriftliche als auch persönliche Berichte ab, in denen ich auch auf Kommentare und Fragen eingehe.

Alles in allem bin ich davon überzeugt, dass die OSZE durch meine Arbeit an Aufmerksamkeit gewonnen hat und dass ich zu mehr Verständnis für die Notwendigkeit, Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen zu bekämpfen, beitragen konnte.

Ein konzeptioneller Ansatz für Toleranz und Nichtdiskriminierung

Heutzutage herrscht wohl Einigkeit darüber, dass die Demokratie die beste aller Regierungsformen ist. Daher empfiehlt es sich, sich einige grundlegende und unverzichtbare Elemente von Demokratie noch einmal vor Augen zu führen:

- Toleranz gegenüber Unterschieden und das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Gedanken- und Religionsfreiheit als Grundlagen von Kreativität und Entwicklung,
- Partizipation als Voraussetzung für das Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung,
- Solidarität als Ergänzung zur staatsbürgerlichen Identität und schließlich
- Transparenz als Voraussetzung für gemeinsame Problemlösungen, ohne dabei Meinungsunterschiede zu ignorieren.

Wir müssen lernen unsere Unterschiede positiv zu erleben und gleichzeitig die Anderen zu achten. Unterschiede dürfen nicht zu Diskriminierung führen. Nationen und Gesellschaften handeln wie der Einzelne im Sinne ihrer wahrgenommenen Interessen; dennoch sollten sie erkennen, dass ein Brücken-

schlag zwischen divergierenden Interessen der Schlüssel zur Erlangung gemeinsamer Stärke ist.

Derzeit werden zunehmend Forderungen nach wirksameren Maßnahmen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und damit verbundener Intoleranz, u.a. auch gegenüber Muslimen, laut. Viele internationale Organisationen, NGOs und auch Regierungen befassen sich verstärkt mit Fragen der Toleranz und Nichtdiskriminierung in Bezug auf Muslime. Solche Bemühungen sind zu begrüßen; doch solange man nicht die Ursachen des Übels beseitigt, bleiben sie zwangsläufig wirkungslos oder zeigen nur vorübergehende Wirkung.

Die Prinzipien der Toleranz und der Nichtdiskriminierung bilden unumstritten den Kern der Menschenrechte. Beide Prinzipien sind eng mit gegenseitiger Achtung verbunden. Gegenseitige Achtung wiederum beruht auf der Gleichheit der Würde jedes Einzelnen und der gleichberechtigten Wahrnehmung der Menschenrechte.

Die Missachtung der Prinzipien der Toleranz und der Nichtdiskriminierung führt zur Auflösung friedlicher, sicherer und stabiler Gesellschaften und schadet den zwischenstaatlichen Beziehungen. Demokratie und der Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte hingegen sind die Mechanismen zur Gewährleistung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Immer mehr Menschen scheinen heute jedoch zu glauben, dass ein „Kampf der Kulturen“ unvermeidlich sei und dass es „die Anderen“ sind, die ihre Wertvorstellungen verändern müssen, wenn es ein friedliches Zusammenleben geben soll. Diese Einstellung gefährdet die internationalen Beziehungen und es entsteht ein wahrer Teufelskreis. Die immer breiter werdende Kluft zwischen den beteiligten Seiten führt geradewegs zu Konfrontation statt Kooperation, während gleichzeitig das Fehlen von Dialog und Zusammenarbeit vorhandene Vorurteile verstärkt und so die Distanz zwischen den Seiten noch weiter vergrößert.

In dieser Situation muss die Menschheit sich zusammenschließen, um vereint allen Versuchen zu widerstehen, eine Kultur gegen die andere auszuspielen, die Überlegenheit einer einzelnen Kultur oder Religion zu predigen oder den „Kampf der Kulturen“ zu propagieren. Solche Ideologien führen schnell zu einem Konflikt, in dem jeder nur verlieren kann. Außerdem halten sie uns davon ab, gemeinsam nach Lösungen für diejenigen Probleme zu suchen, die uns alle betreffen.

Es ist daher überlebenswichtig, dass alle Staaten im Osten wie im Westen die gemeinsame Vision einer freien, toleranten und gerechten Gesellschaft haben, in denen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund in Frieden und gegenseitiger Achtung zusammenleben.

Was also kann zur Förderung von Toleranz und zur Bekämpfung von Diskriminierung gegenüber Muslimen getan werden?

- Wir können und müssen unverzüglich, klar und konsequent unsere Stimme gegen Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen und anderen betroffenen Gruppen erheben. So tragen wir dazu bei, unsere Mitbürger vor hasserfüllten Teilen der Gesellschaft zu schützen.
- Wir können und müssen diejenigen verurteilen, die andere mit Worten oder Taten diskriminieren.
- Der Staat hat hierbei eine besondere Verantwortung für den Schutz seiner Bürger. Er muss gewährleisten, dass es nicht an Toleranz und Nichtdiskriminierung mangelt.
- Offizielle Erklärungen sind natürlich zu begrüßen, doch sie reichen nicht aus. Wir müssen das, was wir predigen, auch in Taten umsetzen. Mit anderen Worten: Es reicht nicht aus, gemeinsame Grundwerte zu haben, wir müssen auch entsprechend handeln.

Identität

Heutzutage ist bei vielen Menschen in verschiedenen Teilen der westlichen Welt die Tendenz zu beobachten, die eigene nationale, ethnische, religiöse, lokale oder kulturelle Identität stärker hervorzuheben. Vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges tritt insbesondere die Betonung der ethnischen oder der religiösen Identität in den Vordergrund. Diese Überbetonung wiederum führt zu einer Zunahme nationalistischer Tendenzen.

Ethnische und religiöse Identität sind aber nur Teilelemente gesellschaftlicher Strukturen und der politischen Kultur. Der Begriff der Identität ist auch nicht statisch; er kann sich in Anpassung an äußere Umstände verändern, sein Inhalt und seine Bedeutung werden kontinuierlich neu bewertet und weiterentwickelt.

Ein weiterer Faktor, den es zu berücksichtigen gilt, ist die zunehmende Mobilität. Menschen ziehen nicht nur vom Land in die großen Städte, sondern – zumeist auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen – auch von einem Land ins andere. Diese Mobilität, insbesondere die grenzüberschreitende, löst bei den einheimischen Bevölkerungen die Besorgnis aus, infolge des wachsenden Zustroms von Menschen „fremder“ kultureller, ethnischer und religiöser Herkunft ihre eigene traditionelle Identität einzubüßen. Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund müssen zusammen (oder nebeneinander) leben und sich denselben Raum teilen. Das führt zu Reibungen und sogar zu Konflikten.

All dies verstärkt zusätzlich die Intoleranz und die Diskriminierung, wie wir sie in vielen Teilen unserer Gesellschaften antreffen.

Seriösen Erhebungen zufolge nimmt die Tendenz zu, sich mit den nationalen und/oder religiösen Merkmalen der eigenen Bevölkerung zu identifizieren. Die Empfindungen der Bevölkerungsmehrheit geraten dadurch unvermeidlich in Widerspruch zu den Erwartungen der Neuankömmlinge. Letztere, zu-

meist schutzbedürftige Minderheiten, wollen ihre ursprüngliche Identität bewahren, die Mehrheit erwartet von ihnen jedoch, dass sie sich assimilieren und ihre Identität aufgeben.

Harmonisches Zusammenleben und gegenseitige Achtung

Auf dem gemeinsamen Forum der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK) und der EU in Istanbul wurde auf die historisch belegte Tatsache hingewiesen, dass Frieden und Stabilität in der Welt erheblich beeinträchtigt werden, wenn Religionen und Kulturen zu geringe Kenntnisse voneinander und zu wenig Achtung füreinander haben. Umgekehrt gedeihen ein harmonisches Zusammenleben und das Gemeinwohl, wenn die Völker sich vorrangig um Verständigung bemühen, wenn sie sich die Zeit nehmen, ihre Sichtweisen und Interessen zum Ausdruck zu bringen und einander zuzuhören, wenn sie Unterschiede anerkennen und tolerieren und gleichzeitig nach Gemeinsamkeiten suchen, die dazu beitragen können, starke Beziehungen aufzubauen, die der Zusammenarbeit förderlich sind.

Die tragischen Ereignisse vom 11. September 2001 und ihre Folgen haben erneut gezeigt, dass Toleranz und Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen gestärkt werden müssen, um das Wiederaufleben tief verwurzelter Vorurteile zu verhindern. Terrorakte sind mit politischen, religiösen, kulturellen oder anderen Argumenten weder zu begründen noch zu rechtfertigen. Uns wird heute zunehmend bewusst, dass alle Seiten miteinander ins Gespräch kommen und versuchen müssen, ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen, Wertvorstellungen und Interessen besser zu verstehen, und dass sie Toleranz und die Wertschätzung kultureller Vielfalt fördern müssen.

Für unsere Überlegungen zum Schutz und zur Förderung der gemeinsamen Werte verschiedener Kulturen sowie zur Verbesserung der Toleranz, des Dialogs und der Zusammenarbeit innerhalb der Nationen und Völker und zwischen ihnen ist es hilfreich, sich die Schlussfolgerungen des OIK-EU-Forums noch einmal vor Augen zu führen:

- „Kulturen ergänzen und fördern einander in ihrer Vielfalt. Wir bekräftigen daher unsere Überzeugung, dass ein harmonisches Zusammenleben zwischen den Kulturen und Zivilisationen nicht nur notwendig, sondern auch erreichbar ist.
- Das wichtigste Mittel dazu, Zusammenhalt und Solidarität zu fördern sowie rassistische, religiöse und kulturelle Vorurteile zu verhindern, besteht darin, unser Wissen übereinander zu mehren, indem wir miteinander kommunizieren und uns zusammen für gemeinsame universelle Werte einsetzen, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen einschlägigen internationalen Menschenrechtsdo-

- kumenten niedergelegt sind. Für die Verwirklichung dieser Ziele tragen alle politischen Organe gemeinsam die Verantwortung.
- Wir bekräftigen erneut, dass Terrorismus durch nichts zu begründen oder zu rechtfertigen ist. Darüber hinaus müssen wir die gemeinsame Verantwortung für die Bekämpfung des Terrorismus in allen seinen Erscheinungsformen anerkennen.
 - Wir müssen uns dafür einsetzen, diejenigen Probleme zu ermitteln, die durch kulturelle Vorurteile sowie politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten entstehen, und Lösungen zu fördern, die weltweit zu Frieden, Wohlstand und Stabilität beitragen.
 - Wir müssen die Notwendigkeit weiterer Zusammenarbeit anerkennen. Dazu müssen auch weiterhin die vorhandenen bilateralen und multilateralen Rahmen genutzt werden.“⁴

Islamophobie

Für den Begriff „Islamophobie“ gibt es keine allgemein anerkannte Definition, obwohl eine solche notwendig wäre. Islamophobie wird häufig als „Angst vor oder Argwohn gegenüber dem Islam, den Muslimen und damit verbundenen Dingen“ definiert. Meiner Meinung nach greift diese Definition zu kurz. Ich selber bevorzuge den Begriff „Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen und dem Islam“, was auch der OSZE-Definition entspricht.

Islamophobie bzw. Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen sind keine neuen Phänomene. Dahinter stecken historische, kulturelle oder religiöse sowie psychologische Gründe.

Allerdings haben diese Phänomene, wie bereits erwähnt, nach dem 11. September 2001 eine neue und beunruhigende Dimension angenommen; das soziale Klima, dem Muslime ausgesetzt sind, hat sich, insbesondere in westlichen Gesellschaften, verschlechtert. Vorurteile und diskriminierende Tendenzen gegenüber Muslimen haben sich verstärkt.

Islamophobie ist eine der Ursachen von Hassverbrechen; sie erzeugt dementsprechend Angst und ein Gefühl der Stigmatisierung, Marginalisierung und Ablehnung. Noch mehr Angst und steigende Gewalt sind die Folgen. Durch Islamophobie motivierte Hassverbrechen sind zudem ein Angriff auf die Identität der Betroffenen und auf ihre Menschenwürde.

Darüber hinaus ist in jüngster Zeit ein Besorgnis erregender Anstieg der Gewalt gegenüber Personen im Vergleich zur Sachbeschädigung zu verzeichnen.

Folgende Punkte lassen sich als die wichtigsten Elemente der Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen zusammenfassen:

4 The OIC-EU Joint Forum, Presseerklärung, 13. Februar 2002, unter: <http://www.belgenet.com/arsiv/ab/iko-ab-05e.html> (eigene Übersetzung).

- a) uralter Hass und althergebrachte Vorurteile,
- b) heftiger neuer Widerstand gegen Einwanderung,
- c) eine generelle Abneigung gegenüber Muslimen und die Überzeugung, dass der Islam nicht mit Demokratie, Menschenrechten und modernen Wertvorstellungen vereinbar sei,
- d) politische Rhetorik gepaart mit einer unausgewogenen bzw. irreführende Medienberichterstattung sowie
- e) die Identifizierung von Terrorismus und Gewalt mit dem Islam.

Eine kurzer Aufriss der Probleme, mit denen Muslime im Westen konfrontiert sind, ist an dieser Stelle vielleicht angebracht.

Zu den strukturellen Problemen gehören die schwachen oder gar nicht vorhandenen formalen Beziehungen zwischen dem Staat und den muslimischen Gemeinden, mangelnde Kenntnisse der Sprache des Aufenthaltslandes, ein Mangel an angemessenem Wohnraum sowie Bildungsdefizite, die wiederum zur Benachteiligung beim Zugang zum Arbeitsmarkt führt, so dass ein Teufelskreis entsteht. Die Folge davon ist ein Gefühl der Ablehnung, Stigmatisierung und Marginalisierung, das wiederum zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Staat führt. Die Betroffenen sind zudem anfälliger für die Beteiligung an illegalen Aktivitäten und empfänglicher für radikale Propaganda. Zu den Problemen, die damit zusammenhängen, wie Muslime von Nichtmuslimen wahrgenommen und behandelt werden, zählen Vorurteile (die auch diejenigen betreffen, die fälschlicherweise für Muslime gehalten werden), Ressentiments und deren Äußerung sowie die falsche Darstellung in den Medien; Islamophobie ist auch in den politischen Debatten festzustellen, insbesondere am rechten Rand, in jüngster Zeit aber auch von Seiten gemäßiger Politiker.

Da es keine verlässlichen Beobachtungen dazu gibt, ist es schwierig, exakte Aussagen über diskriminierende Praktiken zu treffen. In einigen Ländern wird beispielsweise nur die Rassendiskriminierung überwacht. Ein hervorstechendes Beispiel für Diskriminierung sind jedoch die so genannten Einbürgerungstests, die z.B. in einigen deutschen Bundesländern bei einem Antrag auf Staatsbürgerschaft hauptsächlich von Muslimen verlangt werden. Wie bereits erwähnt, sind Arbeit und Wohnen zwei weitere große Bereiche, in denen es zu Diskriminierungen kommt. Hier sei nur die gängige Praxis genannt, Menschen mit muslimisch klingenden Namen nicht einmal zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen. Weitere Beispiele sind das Fehlen von geeigneten Stätten für Gottesdienste und Beisetzungen, Kopftuchverbote in Restaurants und anderen öffentlichen Räumlichkeiten, diskriminierende Polizeimethoden bei Durchsuchungen und Festnahmen, diskriminierende Zoll- und Einreiseverfahren sowie Schikanierungen, Vandalismus und gewalttätige Angriffe auf Personen, nur weil sie Muslime sind oder für Muslime gehalten werden.

Was ist zu tun?

Bevor ich darauf eingehe, was getan wird bzw. wie mit diesen ernststen Menschenrechtsproblemen umgegangen wird, möchte ich, wie mein Mandat es verlangt, zunächst danach fragen, was getan werden müsste, und dann einen Blick auf bewährte Verfahren in diesem Bereich werfen.

Erstens müssen die Länder Europas und Nordamerikas das Problem als solches anerkennen und bereit und willens sein, es in seiner ganzen Vielschichtigkeit zu bearbeiten.

Zweitens müssen sie der Bedeutung der intellektuellen Seite der Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen Rechnung tragen und tragfähige Strategien zur Bearbeitung des Problems in den Bereichen Werte und Wahrnehmungen entwickeln.

Drittens müssen sie Hassdelikte möglichst breit definieren und gleichzeitig das Informationsdefizit beheben, d.h. es müssen Informationen zu Hassdelikten gesammelt, analysiert und verbreitet werden.

Viertens müssen die Länder entsprechende Gesetze in Kraft setzen und wirksam implementieren. In Verbindung mit der nationalen Gesetzgebung müssen sie auch internationale Verpflichtungen und vereinbarte Normen umsetzen.

Fünftens müssen klare Kriterien für die Meldung und Erfassung von Hassdelikten aufgestellt werden; zur Meldung von Hassdelikten muss ermutigt werden.

Sechstens müssen westliche Staaten muslimische Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisationen stärken und versuchen, sie in die Lage zu versetzen, mit lokalen und nationalen Behörden zusammenzuarbeiten. In dieser Hinsicht wären Programme zur Kooperation mit den Gemeinden für die Vertrauensbildung, den Zusammenhalt der Gesellschaften und die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls ausgesprochen wichtig.

Ein anderer Punkt verdient höchste Aufmerksamkeit: Bildung. Insbesondere die jüngeren Generationen müssen in den Genuss von Bildungsprogrammen kommen, die Toleranz, Verständnis und Achtung gegenüber „dem Anderen“ fördern. Ein weiteres Gebiet, das in diesem Zusammenhang zu nennen ist, ist die Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamten.

Zwei weitere Aspekte der öffentlichen Debatte über Muslime und den Islam sind besonders hervorzuheben:

1. Politische Rhetorik: Verantwortungsbewusste Politiker in Regierung und Opposition müssen klar und deutlich machen, dass die Debatten sachlich und unvoreingenommen zu führen sind, und dürfen sich selber keiner Hasssprache bedienen oder sich in anderer Weise extremistisch oder diskriminierend äußern. Die Botschaft muss lauten: Toleranz, Nichtdiskriminierung, Verständnis und Achtung allen Menschen gegenüber.

2. Medien: Die Medien können eine sehr positive Rolle bei der Förderung des Dialogs und des harmonischen Zusammenlebens zwischen Kulturen und Religionen spielen. Das wird von verantwortungsbewusstem Journalismus erwartet. Andererseits können die Medien durch eine unrichtige und unsachliche Darstellung auch sehr negative Wirkungen hervorrufen und die Gesellschaft spalten. Regierungen könnten daher bei aller gebotenen Achtung des Rechts auf freie Meinungsäußerung zur Schaffung von Gremien zur Selbstkontrolle der Medien für den Umgang mit Erscheinungsformen von Diskriminierung oder Rassismus beitragen oder dazu ermutigen.

Was schließlich die Integrationspolitik angeht, gilt: Je heimischer muslimische Gemeinden sich in den westlichen Gesellschaften, in denen sie leben, fühlen und je stärker sie wirklich integriert sind, desto leichter wird es sein, Extremismus zu marginalisieren, Radikalismus zu entschärfen und das Gefühl der Ausgrenzung, Stigmatisierung und Ablehnung zu überwinden.

Zu Recht wird behauptet, dass Europas Integrationsbemühungen nicht eben erfolgreich waren. Das Ziel war zwar, multikulturelle Gesellschaften zu schaffen, herausgekommen sind stattdessen jedoch parallele, sich gegenseitig ausschließende Gesellschaften. Wie kann diese Situation, die von der Existenz kultureller Ghettos für Muslime gekennzeichnet ist, behoben werden? Nach meiner Überzeugung lautet die Antwort: staatsbürgerliche und strukturelle Integration. Muslimische Migranten müssen das Gefühl haben, zu der größeren Gemeinschaft dazuzugehören; sie müssen an allen Bereichen des Lebens teilhaben und an allgemeinen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Mit anderen Worten: Wir müssen für den Zusammenhalt der Gesellschaften sorgen, so dass das Verständnis unterschiedlicher Gruppen füreinander nicht nur die Förderung von Toleranz erleichtert, sondern – und das ist noch wichtiger – auch die gegenseitige Respektierung unterschiedlicher Sichtweisen und Hintergründe. Das Schlüsselwort hier ist „gegenseitig“.

Aber auch die muslimischen Gemeinden müssen ihren Teil dazu beitragen, indem sie die staatsbürgerlichen Wertvorstellungen ihrer neuen Gesellschaften übernehmen und sich von Radikalismus, Gewalt und Terrorismus distanzieren. Eine solche Haltung wird dazu beitragen, Missverständnisse auszuräumen, und zur Achtung der Vielfalt führen.

Die tatsächlichen Gefahren für Toleranz und multikulturelle Gesellschaften gehen von den Extremen beider Gruppen aus. Hier müssen Regierungen und Öffentlichkeit wachsam sein. Damit ein friedliches Miteinander Wirklichkeit werden kann, müssen wir diejenigen Gruppen erreichen, die nicht dialogbereit sind, und diejenigen bilden, die von der Vielfalt, die für die westlichen Gesellschaften charakteristisch ist, nichts wissen, sie nicht verstehen und nicht akzeptieren wollen.

Bewährte Verfahren

Die Verwirrung, die in den Köpfen von Regierungen, Politikern und der Öffentlichkeit insgesamt darüber herrscht, wie mit Islamophobie, d.h. mit Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen, umzugehen ist, ist meiner Meinung nach noch nicht ganz beseitigt.

Nichtsdestoweniger müssen wir anerkennen, dass das Bewusstsein dafür, dass das Problem existiert und gelöst werden muss, wächst. Ein kohärentes und übergreifendes politisches Konzept wurde allerdings bislang noch nicht entwickelt, geschweige denn implementiert.

Alle bislang von mir angeführten Punkte zu der Frage, was getan werden muss, bedürfen für ihre Implementierung eines tragfähigen Rahmens. Davon sind wir heute noch weit entfernt.

Das bedeutet jedoch keineswegs, dass nichts unternommen wurde. An dieser Stelle möchte ich einige bewährte Maßnahmen vorstellen, die mir im Zuge meiner Länderreisen aufgefallen sind.

1. In fast jedem Land gibt es Gesetze gegen Rassismus und Diskriminierung, nicht aber speziell zum Umgang mit Islamophobie. Es wäre ratsam, die vorhandenen Gesetze zu überprüfen, zu versuchen, sie zu vereinheitlichen, und Islamophobie als spezifische Ursache von durch Hass motivierten Straftaten aufzunehmen.
2. Einige europäische Länder haben nationale Aktionspläne zur Bekämpfung der Diskriminierung von Muslimen entwickelt. Diese Pläne sind empfehlenswert. Sie sollten in vollem Umfang implementiert und die Resultate veröffentlicht werden.
3. Einige Länder haben besondere Gremien eingerichtet, wie z.B. Gleichbehandlungskommissionen, Beobachtungsstellen für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, *Community Relations Departments*, den Kultusrat für Muslime (*Conseil Français du Culte Musulman*), Integrationsräte, unabhängige Antidiskriminierungsstellen, *Cohesion and Faith Units*, Kommissionen für Integration und Gleichberechtigung oder Fonds für den Kapazitätsaufbau von Glaubensgemeinschaften. All diese Initiativen sind ebenfalls empfehlenswert, obwohl die meisten eher allgemeiner Natur und nicht speziell für die Auseinandersetzung mit Islamophobie gedacht sind. Wichtig ist natürlich in erster Linie, ob sie erfolgreich arbeiten.
4. Auch die Erkenntnis, dass man auf die muslimischen Gemeinden zugehen und ihnen dabei helfen muss, eigene Kapazitäten zu entwickeln, setzt sich langsam durch. So wurde verstärkt Kontakt zu muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgenommen. Eine begrüßenswerte Initiative in diesem Zusammenhang war die vom spanischen OSZE-Vorsitz am 9. und 10. Oktober in Córdoba veranstaltete Konferenz über Intoleranz und Nichtdiskriminierung gegenüber Muslimen.

5. Die Regierungen scheinen inzwischen Begriffe wie Achtung religiöser Werte, Dialog und harmonisches Zusammenleben zwischen Kulturen und Religionen, den Wert der Erziehung und die Notwendigkeit starker politischer Führung zumindest in ihren Wortschatz übernommen zu haben. Es ist zu hoffen, dass es nicht bei bloßer Rhetorik bleibt, sondern dass Worte auch in Taten umgesetzt werden.
6. Und schließlich ist auch die intensive Debatte über die Frage, wie wahre Integration erreicht werden kann, ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich wünsche mir, dass der nächste Schritt nicht zu einer noch restriktiveren Strategie führt, sondern zu echter struktureller und staatsbürgerlicher Integration.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass der Umstand, dass wir nicht für alle Probleme eine Lösung haben, uns nicht dazu verleiten sollte, gar nichts zu tun. Wir müssen irgendwo anfangen. Zuallererst sollten wir die Barrieren, die es zwischen der muslimischen und der westlichen Welt gibt (oder die manch einer gern errichten würde), überwinden. In dieser Hinsicht sind die Rolle und die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Beseitigung der Barrieren durch die Unterstützung eines tragfähigen Dialogs von größter Bedeutung.